Beschlussstand seit der letzten Sitzung

Sitzungsdatum TOP Drucksachen-Nr.	Betreff	Zuständiger Bereich	Realisierung	Erledigt
05.02.2020 Ö 8.1 BJ/0292/2020	Antrag der Fraktion UWG/Freie Wähler vom 23.12.2019 bzgl. zweiter Fluglärm-Messstelle im Ortsteil Büderich	Bürgermeister	Der Eigentümer des Grundstückes "Am Roten Kreuz 13" hat seine Bereitschaft signalisiert, erneut dort temporär eine Messstelle aufstellen zu lassen. Um adäquate Messergebnisse zu erhalten, soll die Aufstellung der Messstelle erst nach weiterer Steigerung des coronabedingt immernoch eingeschränkten Flugbetriebes am Flughafen Düsseldorf erfolgen.	
28.05.2020 Ö 3 FB5/1126/2020	Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW vom 11.12.2019 zu einer Sicherung des Überweges am Brühlerweg in Höhe Büdericher Allee (siehe auch TOP Ö3 der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses vom 10.3.2020)	Straßen und Kanäle	Die Planung ist abgeschlossen, die Beauftragung ist im Gange.	
28.05.2020 Ö 8.1 FB2/0300/2020	Antrag der SPD-Fraktion vom 02.03.2020 - Geflüchtetenfinanzierung	Soziale Hilfen und Jugend	Minister Dr. Stamp hat anlässlich der Sitzung des Ausschusses für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen am 15. Mai 2020 über die Flüchtlingsfinanzierung berichtet. Hier führt er aus: „Auch wenn zunächst und aktuell die coronabedingten Entscheidungen des Landes im Vordergrund stehen und vor diesem Hintergrund die Fortsetzung der auf Leitungsebene geführten Gespräche zum Flüchtlingsaufnahmegesetz zunächst verschoben werden musste, ist beabsichtigt, in absehbarer Zeit zu einer sowohl für die Kommunen als auch für das Land akzeptablen Lösung zu kommen. Dies gilt sowohl für die Höhe einer künftigen Pauschale als auch für den Aspekt der Finanzierung geduldeter Personen. Ein Gesetzentwurf kann erst beim Landtag eingebracht werden, wenn die Verhandlungen abgeschlossen sind. Es wird eine konsensuale Lösung angestrebt.“ Es erfolgt ein Verweis auf das bekannte Gutachten und die vom Gutachter vorgeschlagenen Differenzierungen zwischen kreisangehörigen und kreisfreien Gemeinden. Diese Empfehlung sei „selbstverständlich zentraler Gegenstand der Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden.“ Der Städte- und Gemeinebund bringt die Interessen der Kommunen, welche im Einklang mit dem hiesigen SPD-Antrag stehen, weiterhin kontinuierlich in die laufenden Verhandlungen ein.	